

Europäische Solidarität? Wirtschaftliche Vernunft? Soziale Gerechtigkeit?

Die Euro-Länder haben sich auf ein neues Rettungspaket für Griechenland geeinigt. Am 21. Juli tagte der Krisengipfel in Brüssel, dessen Ergebnisse vorübergehend Erleichterung auslösten. Vor allem die Märkte haben positiv auf die EU-Rats Beschlüsse reagiert, die schließlich doch noch in einer Nacht- und Nebelaktion gefasst wurden. Das kurzfristige Handeln ist sicherlich geprägt von richtigen Ansätzen. Doch sie stellen nur den Anfang des Weges dar. In den Brüsseler Beschlüssen wird das Griechische Sparprogramm und die harten Sparmaßnahmen, die der Wirtschaft wieder zu einem „nachhaltigen Wachstum“ verhelfen sollen, gelobt. Nachhaltiges Wachstum? Vielmehr fehlen immer noch wirklich nachhaltige Investitions- und Strukturreformen; Auch wenn von der europäischen Kommission nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die im Zuge der Reformen mit den griechischen Behörden zusammenzuarbeiten.

Die Ergebnisse des Krisengipfels umfassen vor allem eine für den Herbst geplante Umschuldung der privat gehaltenen Anleihen im Umfang von 135 Milliarden Euro. Ein möglicher zeitweiser Zahlungsausfall wird hierbei in Kauf genommen. Staatsanleihen sollen umgetauscht oder mit Abschlag zurückgekauft werden können. Durch den Umtausch sollen diese nur 21 % ihres Nennwertes verlieren. Die Einnahmen aus dem Umtausch von ca. 17 Mrd. Euro fließen dann wiederum in das Hilfsprogramm mit ein. Niedrigere Zinsen von 3,5 % und die verlängerte Laufzeit auf möglicherweise bis zu 30 Jahre sollen die Lösung bringen. Die überaus sanfte Beteiligung der Banken und Versicherungen wird als Haupterfolg des Gipfels ausgegeben. Gerade im Hinblick auf die LBBW (sie besitzt nur noch ca. 800 000 Euro in griechischen Staatsanleihen) ist auch die Bankenbeteiligung natürlich von großem Interesse. Josef Ackermann, der Chef der deutschen Bank hatte die Beschlüsse des Sondergipfels mit „das trifft uns hart“ kommentiert. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung meinte Udo Reifner, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Hamburg, man könne Beschlüsse vielmehr als Bankenrettungspaket deklarieren. Die enge Einbindung der deutschen Bank in die Verhandlungen schirmt vor allem den Finanzsektor vor einer angemessenen Verantwortungsübernahme ab.

Die erneut reaktive und bankenfreundliche Arbeitsweise der EU-Staatschefs in Form dieses Sondergipfels zeigt eines klar auf: grundlegende Änderungen müssen eine proaktive und demokratisch basierte Handlungsweise für die Zukunft ermöglichen. Änderungen, die vor allem durch eine europäische Währungsunion erreicht werden können. (Siehe hierzu auch das Themenpapier der Bundestagsfraktion auf dieser Seite).